

2. Februar Prof. Dr. Helga Haftendorn, Berlin

Einsatz im Kosovo 1999 – Das vereinte Deutschland und die Welt



Nach der Vereinigung konzentrierte sich die deutsche Politik vorrangig auf das „europäische Projekt“ der Vertiefung der EU. Der Krieg auf dem Balkan brachte ein böses Erwachen; die Deutschen hatten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf eine Friedensdividende gehofft. Mit der Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Aktion gegen Serbien wurde Deutschland erstmals seit dem II. Weltkrieg zur Krieg führenden Partei. Eine Beteiligung am Irak-Krieg lehnte Bundeskanzler Schröder dagegen ab; er beharrte stattdessen auf einem „deutschen Weg“. Der NATO-Einsatz in Afghanistan ließ sich nach den Attentaten vom 11. September 2001 innenpolitisch als Akt der Solidarität mit den USA rechtfertigen, brachte jedoch große militärische und politische Probleme mit sich. Kann es daher die hohen Erwartungen der Obama-Administration erfüllen, die von Berlin die Übernahme größerer globaler Lasten erwartet? Hat Deutschland heute seinen Platz in der Welt gefunden und ist es bereit, die daraus resultierende Verantwortung zu tragen? ■

23. Februar Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro, JGU Mainz

Finanzkrise 2008 – Das Ende der amerikanischen Hegemonie?



Beatrice Weder di Mauro wird über die Konsequenzen der Finanzkrise, die weltwirtschaftlichen Aussichten sowie die wirtschaftspolitischen Herausforderungen referieren. Die Wissenschaftlerin ist seit 2004 Mitglied des deutschen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (so genannte „Wirtschaftsweise“). ■

9. März Podiumsdiskussion

Deutschland in der Welt – Nationale Interessen und internationale Integration

Die Veranstaltung

„Universität im Rathaus“ öffnet den Bürgerinnen und Bürgern das Tor zur Welt der Wissenschaft. Jeweils im Wintersemester, immer an einem Dienstag, berichten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Johannes Gutenberg-Universität im Mainzer Rathaus aus ihren aktuellen Forschungsprojekten.

Seit über 20 Jahren dient der Universität dieses Forum als Brückenschlag vom Campus in die Stadt. Der Bevölkerung einen Einblick in die vielfältigen Facetten der unterschiedlichsten Disziplinen von 2.800 Wissenschaftlern in mehr als 150 Instituten und Kliniken zu geben, ist das Ziel dieser Veranstaltungsreihe.

„Universität im Rathaus“ ist ein gemeinsames Projekt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Landeshauptstadt Mainz.

Kontakt

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Kommunikation und Presse
55099 Mainz
Tel.: 06131/39-22 369
Fax: 06131/39-24 139
E-Mail: presse@uni-mainz.de

Universität im Rathaus – Eintritt frei

Ort Rathaus der Landeshauptstadt Mainz – Ratssaal

Zeit jeweils 20 Uhr

Veranstalter

- Historisches Seminar der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- Landeshauptstadt Mainz

Information

www.universitaet-im-rathaus.uni-mainz.de

In Kooperation mit der
Stresemann-Gesellschaft e.V.

Universität im Rathaus

Deutschland in der Welt.

Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik.



THOMAS DESIGN



EINTRITT FREI

Programm
Wintersemester
2009/10



Landeshauptstadt
Mainz

JG|U JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ

„Die Politik ist das Schicksal“, sagte einst Napoleon. Für die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert gilt dies zumal auf internationaler Ebene: von den Weltkriegen über die doppelte Staatsgründung und das Zeitalter der atomaren Bedrohung bis zur Wiedervereinigung – von der europäischen Einigung über die Sicherheit, die, wie es heute heißt, am Hindukusch verteidigt wird, bis zur globalen Finanzkrise.

In der Veranstaltungsreihe „**Deutschland in der Welt**“ diskutieren ausgewiesene Experten aus Geschichts-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften die entscheidenden internationalen Weichenstellungen und vermessen den Weg, der die Bundesrepublik in unsere Gegenwart geführt hat.

„Universität im Rathaus“ zum Thema „Deutschland in der Welt. Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik“ ist Teil des Treffpunkts der Wissenschaft Mainz zum Thema „Zeit Reise“, einem Projekt der Robert Bosch Stiftung im Wissenschaftsjahr 2009 – Forschungsexpedition Deutschland.



Gefördert von der
Robert Bosch Stiftung

Das Programm

27. Oktober Prof. Dr. Michael Kißener, JGU Mainz

Westbindung 1955 – Die politische Koordinatenverschiebung



Die „Westbindung“ gilt als eine der entscheidenden Weichenstellungen in der Geschichte der frühen Bundesrepublik, die eng mit dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer verbunden ist. Ihre grundlegende Bedeutung lässt sich nur vor dem Hintergrund der Orientierungen deutscher Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert ermessen. Der Vortrag wird deshalb zunächst den historischen Standort der Entscheidung zur „Westbindung“ beleuchten müssen, bevor Entstehung und Hintergründe sowie die bis in unsere Gegenwart reichenden Folgewirkungen thematisiert werden. Beachtung schenkt Professor Kißener auch der Diskussion der „Westbindung“ im föderalen Gefüge der jungen Bundesrepublik. ■

17. November Prof. Dr. Joachim Scholtzseck, Bonn

Mauerbau 1961 – Zwei Welten in Deutschland



Die Hintergründe des Mauerbaus werfen selbst heute noch zahlreiche Fragen auf: War es die SED-Diktatur unter Walter Ulbricht, die für eine Abriegelung des „zweiten deutschen Staates“ plädierte, die schließlich unter dem Stichwort „Rose“ in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 begann – oder war es die Sowjetunion, die als Blockführungs-macht den Bau der Mauer angesichts der offenkundigen Schwäche und der immer größeren Fluchtbewegung in den Westen dekretierte? Der Stand der aktuellen Forschung wird an diesem Abend ebenso erläutert werden wie die langfristigen politischen und gesellschaftlichen Folgen diskutiert werden, die der Mauerbau für die DDR, aber auch für die Bundesrepublik Deutschland hatte. ■

1. Dezember Prof. Dr. Jan Kusber, JGU Mainz

Ostverträge 1970 – Überwindung oder Zementierung der Teilung Europas?



Nach ihrem Regierungsantritt schloss die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt eine ganze Reihe von Verträgen mit den Staaten des so genannten Ostblocks. Das Verhältnis nicht nur zur Sowjetunion, sondern auch zu Polen und der DDR wurden auf eine neue Grundlage gestellt. Handelte es sich um eine Zementierung deutscher Zweistaatlichkeit, die Anerkennung von Grenzen oder waren hier wesentliche Schritte zur Überwindung der Teilung Europas unternommen? Die Debatte um die Ostverträge war kontrovers. Nichts verdeutlicht dies mehr als der Streit um Willy Brandts symbolträchtigen Kniefall in Warschau. Professor Kusber zeichnet in seinem Vortrag die Ereignisse nach und ordnet sie nach dem Ende des Kommunismus in Europa und der erfolgreichen EU-Osterweiterung ein. ■

8. Dezember Prof. Dr. Harald Biermann, Bonn

NATO-Doppelbeschluss 1979 – Westliche Defensive oder Todesstoß für den Osten?



Der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 ist zweifelsohne eine der wichtigsten Wegmarken des Kalten Krieges. In ihm bündeln sich viele unterschiedliche Faktoren, welche dem Gang der Weltgeschichte zwischen 1946

und 1991 den Stempel aufgedrückt haben: die Supermächtekonfrontation, das atomare Wettrüsten, der amerikanische Führungsanspruch im westlichen Bündnis, die Bemühungen zur Aufrechterhaltung einer Allianz unter freien Demokratien sowie die – häufig unterbelichtete – Frage nach Offensive und Defensive im internationalen System. Hinzu kommt, dass der NATO-Doppelbeschluss wie kaum eine andere militärpolitische Entscheidung viele Menschen in den westlichen Gesellschaften zu offenem Widerspruch gegen den Kurs ihrer jeweiligen Regierungen herausforderte. Abschließend soll der Blick geweitet und die Frage nach der historischen Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses für den amerikanischen Sieg im Kalten Krieg beantwortet werden. ■

19. Januar Prof. Dr. Andreas Rödder, JGU Mainz

Wiedervereinigung 1989/90 – Deutsche Revolution und internationale Ordnung



1989/90 ging mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums eine weltgeschichtliche Epoche zu Ende: die Ära des Ost-West-Konflikts, der die Welt seit dem Zweiten Weltkrieg beherrscht hatte. Erst dieser Umbruch machte den Sturz des SED-Regimes und die Wiedervereinigung Deutschlands möglich. Die deutsche Frage, die über Jahrzehnte in den Hintergrund gerückt war, stand urplötzlich wieder auf der weltpolitischen Tagesordnung und wurde auf eine Weise gelöst, wie es seit dem 19. Jahrhundert nicht möglich gewesen war. Wie es zur „deutschen Revolution“ von 1989/90 kam, worin ihre Besonderheiten, ihre historische Bedeutung und ihre Folgen lagen, wird an diesem Abend erörtert. ■

26. Januar Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz, München

Maastricht 1992 – Deutschland und Europa



Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag hat weitere Schritte einer europäischen Integration unter Vorbehalt gestellt. Es hat damit eine sichtbare Wegmarke in einem Prozess aufgestellt, der Mitte der achtziger Jahre in Gang gekommen ist und 1991 in Maastricht vertragliche Gestalt gewann – das Bundesverfassungsgericht sprach in seinem Urteil zu diesem Vertrag von einem europäischen „Staatenverbund“. Wie es zu diesem Vertrag von Maastricht kam, und vor allem: welche Folgen für Europa und für Deutschland in der Welt er besaß, wird der Gegenstand dieses Vortrags sein. ■